

Französisch in Unterstufen

Zum Interview mit Sandro Forni «Trugschluss, die Leistungen würden besser, wenn man Französisch abschafft» vom 21. Oktober

Das eindrückliche Interview mit Sandro Forni betreffend Frühfranzösisch in den Schulen gibt nicht nur einen Einblick in Französisch, sondern auch einen Anstoss zu unserem schweizerischen Schulbetrieb. Die Vielartigkeit unserer Kulturen brachte einen besonderen Beitrag und Zusammenhalt zu unserem Staatswesen Schweiz, wozu die verschiedenen sprachlichen Regionen einen wichtigen Einfluss hatten

und haben. Dazu sollten wir Sorge tragen.

Englisch gehört zu unserem globalen Wirtschaftsraum, soll aber die Eigenart Schweiz nicht entzweien. Dazu müssten wir auch unsere integrierten Einwohner in Pflicht nehmen, zum Beispiel mit einer zusätzlichen Schulung in Deutsch mit anschliessendem Übertritt in den normalen Schulbetrieb. Gegenseitig kurzfristige Sprachaufenthalte zwischen Deutsch und Französisch sprechenden Kantonsteilen wären ein sehr positiver Ansporn für die Schüler.

Peter Rauber, Goldau

FDP will Unterwerfung

Zu den EU-Verträgen

Die Delegierten der FDP Schweiz unterstützen die EU-Unterwerfungsverträge. Man muss sich fragen, ob die Delegierten je die Werte der FDP gelesen und verstanden haben: «Wir stehen ein für Selbstverantwortung, bekämpfen Bevormundung, Bürokratie und einen aufgeblähten Staat.» Wie passt dies mit der total ausufernden EU-Bürokratie zusammen, die der Schweiz mit den neuen EU-Verträgen aufgezwungen wird? Blanker Hohn ist nach der Befürwortung des EU-Rahmenabkommens die Überschrift auf der FDP-Website: «Wir sind seit 1894 die Partei für Freiheit und Eigenverantwortung.»

In den FDP-Parteistatuten steht: «Ihr Zweck ist es, eine Politik zu entwickeln, welche die Grundrechte

achtet und fördert, die Freiheit des Einzelnen stärkt.» Wie können Mitglieder dieser Partei für die EU-Verträge stimmen, im vollen Wissen, dass die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger dadurch massiv geschwächt werden? Gleichzeitig haben die FDP-Delegierten auch die Volksrechte mit Füssen getreten: Ein Ständemehr bei den EU-Verträgen sei nicht nötig. Somit droht ein ähnliches Szenario wie bei der E-ID, wo 8 Kantone 18 Stände überstimmt haben.

Man darf nur hoffen, dass die FDP in naher Zukunft wieder zu ihren Grundwerten und zu den wichtigen Werten der Urkantone zurückfindet: Freiheit, Eigenverantwortung, weniger Staat.

Josef Ender, Ibach, Präsident Aktionsbündnis Urkantone

Konfrontieren statt canceln

Zum Artikel «Gstaad bietet Putins Meistergeiger eine grosse Bühne» vom 16. Oktober

Menschen wegen ihrer Nationalität oder ihrer Meinung von vornherein auszuschliessen, ist selten eine gute Idee. In krassen Fällen wie diesem, wenn es darum geht, dass Bomben auf lebendige Menschen geworfen werden, würde man sich hingegen

wünschen, dass die Einladung des Künstlers an die Bedingung geknüpft würde, sich einer Podiumsdiskussion oder Ähnlichem zu stellen. Das bräuchte halt von beiden Seiten intellektuellen Aufwand. Und vielleicht würde sich das Problem ja dann auch von alleine lösen.

Martin Rüther-Waldvogel, Seewen

Die FDP enttäuscht

Zum Entscheid der FDP gegen das Ständemehr

Ich bin von der FDP Schweiz zutiefst enttäuscht. Der Entscheid der FDP-Schweiz-Delegierten für die Bilateralen III und gegen das Ständemehr haben mich als ehemaliger Kantonalsekretär und Alt-Kantonsrat der FDP zutiefst getroffen.

Das Ja zu den Bilateralen hat mich nicht überrascht, da die FDP seit Jahrzehnten dem Neoliberalismus frönt und nur den Konzernen dient, das Gewerbe und der Bürger sind für die Neoliberalen völlig irrelevant. Die liberale, soziale Marktwirtschaft ist vergessen gegangen. Jeder Mensch weiss, dass die Bilateralen III tief in die Verfassung der Schweiz eingreifen. Wer das negiert, hat vom Verfassungsrecht weniger als null Ahnung. Das Ständemehr ist zwingend, und der Entscheid der FDP verrät unsere Schweiz, um den Konzernen zu dienen.

Dass die FDP zusammen mit anderen Parteien die Verfassung verachtet, hat sich bereits bei den unsäglichen Corona-Massnahmen gezeigt. Das Notrecht war unbegründet und verfassungswidrig. Dass nun Spitzenleute der FDP wie Matthias Michel oder Bundesrat Ignazio Cassis das Ständemehr bekämpfen, ist peinlich.

Vor ein paar Jahren habe ich in einer ähnlichen Situation die Partei verlassen und somit meine politische Heimat verloren. Diesen Fehler mache ich nicht mehr. Ich bleibe Mitglied, in der Hoffnung, dass ich es noch erlebe, dass die FDP Schweiz von Persönlichkeiten geführt wird, welche von gesellschaftlichem Liberalismus eine Ahnung haben, die Verfassung ehren und die Schweiz lieben, statt sich der EU zu unterwerfen. Freisinnig zu sein ist meine Grundüberzeugung, die ich noch nie verraten habe.

Michél Ebinger, Rotkreuz

Prächtiger Herbstwald



«Bote»-Leser Daniel Weber aus Seewen hielt das prächtige Farbenspiel des Gibelwalds zwischen Schwyz und Illgau am vergangenen Wochenende aus der Vogelperspektive fest.

Leserbild: Daniel Weber

US-Zölle sind ein Weckruf

Zu den US-Zöllen und zur Kurzarbeit

Mit un guten Gefühlen liest man von Unternehmen, welche wegen der US-Zölle in Schwierigkeiten geraten. Kurzarbeit, Personalabbau und Schliessungen sind zu bedauern. Die Unternehmen haben eine gute Arbeit gemacht, jedoch kam dieser Zollhammer unerwartet. Diese Situation erinnert mich an einen Wald, und zwar wie folgt: Einst wurden die jungen Bäume mit viel Herzblut gepflanzt. Bis die Bäumchen eine gewisse Grösse hatten, wurden sie gepflegt, bewässert und gehegt. Und dann plötzlich hat man sich um alles andere gekümmert und den Wald sich selbst überlassen. Plötzlich kam ein

Sturm, und der Wald wurde zerstört. Alle gaben dem Sturm die Schuld für die Zerstörung. Ist das denn auch der Grund für die Zerstörung? Ein gesunder Wald besteht solcher Naturgewalt.

Genau so ist es mit unserer Wirtschaft, einst erarbeitet mit Herzblut und Leidenschaft und Innovation. Und heute? Mit unsäglichen Regulierungen und Auflagen werden die Unternehmen wettbewerbsunfähig gemacht. Nehmen wir die Schlagader der gesamten Wirtschaft, die Energie. Mit irrsinnigen Klima- und Nachhaltigkeitsvorgaben wird die Energie sinnlos verteuert. Dazu kommen Nachhaltigkeitsberichte, erneuerbare Energie wird aufgezwungen, CO₂-Steuer et cetera. Alles absolut irrsinnig und

SVP und FDP verhindern Energiewende

Zur Abschaffung der Eigenstromerzeugung bei Neubauten

Die Eigenstromerzeugung wurde vor vier Jahren vom Kantonsrat mit grosser Mehrheit angenommen und ist seit Anfang 2022 in Kraft. Dieser Gesetzesartikel sorgt dafür, dass ein Bauherr beim Neubau eines beheizten Gebäudes eine minimale Grösse einer Photovoltaikanlage umsetzt. Diese Anlage deckt hauptsächlich den Eigenverbrauch und reduziert dadurch signifikant den Strombezug vom Netz – also ein Teil der Lösung. Netzbelastungen verursachen diese kleinen Anlagen somit fast keine, da praktisch nichts ins Netz eingespeist wird, insbesondere dann nicht, wenn noch ein Batteriespeicher installiert wird. Die Photovoltaikanlagen, welche diese Belastungen verursachen, sind weit über der heute geforderten Grösse der Eigenstromerzeugungsanlagen.

FDP und SVP haben am Mittwoch im Kantonsrat die Eigenstromerzeugung bei Neubauten abgeschafft. Somit werden künftig weniger Anlagen umgesetzt und somit auch die mittel- bis langfristige Versorgungssicherheit der Schweiz unnötig gefährdet. Wir werden also nur noch abhängiger von Stromimporten aus Europa im Winter, und/oder die Abhängigkeit von fossilen Energien wird noch verstärkt. Zum Glück kommt die Gesetzesanpassung noch vors Volk. So können wir als betroffene Gesellschaft diesen Entscheid hoffentlich korrigieren und so diese geplante Verhinderung der Energiewende vielleicht noch abwenden. Für uns und unsere Nachkommen.

Dave Heinzer, Kantonsrat Grüne, Schwyz

wirtschaftshemmend. Weiter zu den Steuern und Abgaben: Mit der OECD-Mindeststeuer wurden die Steuern erhöht, die Mehrwertsteuer soll auch erhöht werden, beim Personal steigen die Sozialkosten, und die Arbeitszeiten werden immer kürzer. Dazu kommen noch die Geschlechterquoten, Gleichstellungsberichte und so weiter.

Geschätzte Mitbürger, nicht die US-Zölle sind das Hauptproblem. Unsere Wirtschaft wurde morsch gemacht, jetzt kam der Sturm. Beenden wir all dieses Klima- und Nachhaltigkeits-Voodoo. Lassen wir die Marktwirtschaft wieder in Freiheit und Fortschritt leben.

Hermann Fischlin, Illgau

Eduard Keller verleugnet Fakten

Zum Leserbrief von Eduard Keller vom 2. Oktober

Einmal mehr verbreitet Eduard Keller in seinem Leserbrief Unwahrheiten. Auch wenn Keller die Klimaerwärmung bestreitet: Der menschengemachte Klimawandel ist wissenschaftlich unmissverständlich belegt und absolut eindeutig. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts hat der Physiker John Tundall den natürlichen Treibhauseffekt durch die dafür verantwortlichen Gase entdeckt. Ohne diesen Treibhauseffekt wäre die Erde eine Eiswüste. Und bereits vor vierzig Jahren haben Wissenschaftler vor der Gefahr der Klimaerwärmung durch das CO₂ gewarnt. Inzwischen sind die Folgen dieser Klimaerwärmung auch bei uns in der Schweiz unübersehbar. Gerade

Pensionär Eduard Keller sollte mitbekommen haben, wie sich das Klima in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Das Verbrennen von fossilen Brennstoffen ist jedoch auch ökonomisch ein Blödsinn. Die Schweiz sendet damit alljährlich über zehn Milliarden Franken ins Ausland in die Taschen von korrupten Kriegstreibern und macht sich von diesen fragwürdigen Lieferanten erpressbar und abhängig.

Mit Wind und Sonne kann heute konkurrenzlos günstig Strom produziert werden. Eine Photovoltaikanlage kann rund 20-mal und Windkraftanlagen sogar rund 40-mal so viel Energie erzeugen, wie für deren Produktion nötig ist. Laufend Öl, Gas und Kohle zu verbrennen, das aus anderen Erdteilen hierher geschafft werden muss, dort oftmals unter

höchst bedenklich Umständen gefördert wird und dann noch nachweislich den Klimawandel anheizt, ist wohl das Umweltschädlichste, was wir machen können.

Auch Kellers Behauptung, CO₂ wirke wie Pflanzendünger, ist falsch. Ein höheres CO₂-Angebot führt in den meisten Fällen nicht zu mehr Wachstum, weil die Pflanzen wichtige Nährstoffe wie zum Beispiel Phosphor aus dem Boden beziehen – und das Angebot dieser Stoffe nicht parallel zum Kohlendioxid zunimmt. Wenn dann gleichzeitig Wassermangel und überhöhte Temperaturen herrschen, nehmen die negativen Effekte auf das Pflanzenwachstum zu, und dadurch nimmt das Pflanzenwachstum ab.

Andreas Marty, Alt-Kantonsrat, Einsiedeln